

Politik

Großes Entsetzen über Benedikt XVI.

Der emeritierte Papst offenbart im Münchner Missbrauchsgutachten eine erschreckende Haltung gegenüber den Opfern

■ **München/Rom.** Die Katholiken haben in den vergangenen Jahren schon in viele Abgründe ihrer Kirche blicken müssen, doch das Missbrauchsgutachten von München hat eine völlig neue Sprengkraft. Nicht nur deshalb, weil dem emeritierten Papst Benedikt XVI. Veruschung von Missbrauchsfällen vorgeworfen wird – warum hätte er als Erzbischof anders reagieren sollen als offenbar üblich war? Nein, vor allen Dingen der Anhang des Gutachtens hat es in sich und offenbart eine widerwärtige Denkweise, die der Papa emeritus sich offenbar bis heute erhalten hat.



Unser Redakteur **Michael DeFrancesco** – selbst Katholik und in der katholischen Kirche aktiv – analysiert und kommentiert das Münchner Missbrauchsgutachten.

Blicken wir auf Seite 47 des zweiten Anhangs – dieser Anhang des Gutachtens beinhaltet Benedikts Antworten auf Anfragen, die die Münchner Gutachter vorab gestellt haben. Da wird – Bezug nehmend auf einen konkreten Vorfall, bei dem ein verurteilter Priester wieder in der Seelsorge eingesetzt wurde – gefragt: „Warum wurde der Priester trotz seiner Verurteilung in der Seelsorge belassen?“ Die rechtfertigende Antwort des Papstes erschüttert. Folgendes sei dabei zu berücksichtigen, schreibt der Papst wörtlich: „Pfarrer XX ist als Exhibitionist aufgefallen, nicht als Missbrauchstäter im eigentlichen Sinn. Die Tathandlungen bestanden jeweils im Entblößen des eigenen Geschlechtssteils vor vorpubertären Mädchen und in der Vornahme von Masturbationsbewegungen, in dem Vorfall von XX auch im Zeigen pornografischer Materials. In keinem der Fälle kam es zu einer Berührung.“

Das ist nicht nur für Katholiken schwer zu verdauen – für Papst Benedikt XVI. ist dies offenbar als Erklärung ausreichend, den Priester in der Seelsorge zu belassen. Dann geht es noch weiter. Wörtlich schreibt der Ex-Papst: „Das Tatschema war in beiden Fällen das Gleiche: Pfarrer XX näherte sich, zum Teil als er im Auto unterwegs war, Mädchen, die er zufällig antraf, und zwar in Orten außerhalb



„Wir sind Papst?“ Die Benedikt-Begeisterung von einst ist nach dem Münchner Gutachten einem breiten Entsetzen und großer Wut gewichen. Foto: dpa

seines Wirkens als Priester und Religionslehrer.“ Er habe als „anonymer Privatmann“ agiert und sei nicht als Priester erkennbar gewesen. Wörtlich weiter: „Weder als Priester noch als Religionslehrer hat sich Herr XX das Mindeste zuschulden kommen lassen. Er war im Gegenteil geschätzt und beliebt.“

Der emeritierte Papst verteidigt „Pfarrer XX“ also tatsächlich damit, dass dieser sich in Zivil den Mädchen genähert habe und nicht als Priester erkennbar gewesen sei – so als ob ein Ehemann, der seinen Ehering ablegt, gleichsam „in Zivil“ völlig problemlos ins Bett einer fremden Frau steigen dürfe. Eine Moralvorstellung, die Papst Benedikt XVI. wohl noch einmal näher erläutern müsste.

Dann fragen die Gutachter, ob den betroffenen Opfern Hilfe angeboten wurde oder nachgefragt wurde, ob man etwas für sie tun könne. Der Ex-Papst antwortet wörtlich: „Vermutlich wussten die Eltern damals gut zu unterscheiden, dass das private Fehlverhalten eines Priesters, fernab von Pfarrei und Schule, nicht der Kirche zu ver-

lasten ist. Wohl deshalb ist auch seinerzeit niemand auf die Kirche zugekommen beziehungsweise hat eine Kontaktaufnahme seitens der Kirche (gar des Bischöflichen Ordinariats, geschweige denn des Erzbischofs) erwartet.“ Abschließend rüffelt Benedikt XVI. die Gutachter, wie man überhaupt so eine Frage nach Hilfsangeboten stellen kann, und schreibt: „Letztlich handelt es sich bei der Zielrichtung dieser Frage um eine anachronistische Rückprojektion heutiger Gepflogenheiten.“ So als sei es absurd, in früheren Zeiten auf die Idee zu kommen, dass ein Mann, der gern mal sein erregtes Geschlechtsteil vor Mädchen auspackt und sich vor ihnen selbst befriedigt, als Pfarrer und Religionslehrer vielleicht nicht ganz so geeignet sein könnte.

Das Entsetzen und der Ekel innerhalb und außerhalb der katholischen Kirche hat denn auch übers Wochenende zugenommen – je mehr man sich in das Gutachten, das im Internet komplett und frei zugänglich ist, einlesen konnte. Auch die Politik scheint die Geduld mit der katholischen Kirche zu ver-

lieren: Eine Regierungssprecherin sagte in Berlin, das Gutachten für das Erzbistum München und Freising mache erneut auf „erschütternde Weise“ das Ausmaß des sexuellen Missbrauchs und der Pflichtverletzung kirchlicher Würdenträger deutlich. „Der Missbrauch und der anschließende Umgang mit diesen Taten macht fassungslos. Um so dringender sind nun die vollständige Aufklärung und die umfassende Aufarbeitung“, sagte die Sprecherin von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD).

Ein Sprecher des Bundesjustizministeriums hob hervor, es handle sich nicht um rein innere Angelegenheiten der Kirche. Wo sich auch heute noch Anhaltspunkte für verfolgbare Taten ergeben, müssten die zuständigen Strafverfolgungsbehörden diese selbstverständlich ermitteln und konsequent verfolgen. Tatsächlich prüft die Justiz derzeit, ob die Ergebnisse des Münchner Gutachtens strafrechtlich relevant sind. Die Staatsanwaltschaft München I untersucht derzeit 42 Fälle von mutmaßlichem Fehlverhalten kirchlicher Verant-

wortungsträger, bestätigte die Sprecherin der Behörde, Anne Leiding. Von mehreren Seiten wurde die Forderung nach einer stärkeren Kontrolle der katholischen Kirche laut. „Ich glaube nicht mehr, dass die Kirche allein die Aufarbeitung schafft“, sagte die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Irme Stetter-Karp, und brachte „einen Ausschuss im Parlament“ ins Spiel.

Experten fordern, dass die katholische Kirche in vollem Umfang dem weltlichen Recht unterworfen wird. „Nachdem das eine Never-Ending-Story zu sein scheint, sollte der Staat alle Kindertagesstätten und Schulen unter Beobachtung stellen, bei denen es eine Trägerschaft der katholischen Kirche gibt, oder sogar über einen Entzug der Trägerschaft nachdenken“, forderte der Strafrechtsprofessor Holm Putzke. Die Kirchen müssten von Gesetzes wegen genauso behandelt werden wie jede andere Vereinigung. „Für irgendeine besondere Rücksichtnahme besteht überhaupt kein Anlass“, sagte Putzke.

Kompakt

Fast alle Länder sind jetzt Hochrisikogebiete

■ **Berlin.** Seit Sonntag gelten weitere 19 Staaten als Corona-Hochrisikogebiete, was bestimmte Quarantäneregeln mit sich bringt. Dazu zählen in Europa nun Rumänien, die Republik Moldau und das Kosovo. Insgesamt stehen damit 155 Länder auf der Risikoliste des Robert Koch-Instituts (RKI). Neu hinzugekommen sind auch: Marokko, Tunesien, Algerien und Saudi-Arabien, Japan, Indien, Bhutan, Nepal, Mongolei, Kasachstan und Usbekistan sowie die Malediven, Brasilien, Chile, Ecuador und Paraguay. Mit der Einstufung als Hochrisikogebiet verbunden ist eine Reiseverbot des Auswärtigen Amts für nicht notwendige touristische Reisen.

Corona-Protest vor dem SWR in Stuttgart

■ **Berlin.** Erneut haben Tausende Menschen am Wochenende bundesweit gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen demonstriert. In mehreren ostdeutschen Städten kam es am Samstag zu zahlreichen unangemeldeten Protesten. In Dresden versuchte die Polizei, einen angekündigten Massenaufzug von Corona-Leugnern und Rechts-extremisten zu unterbinden. Mehr als 1000 Demonstranten zogen in Stuttgart vor das SWR-Rundfunkhaus unter dem Motto „Wir ziehen vor die Medienhäuser, denn da sitzt das Virus“. Der Deutsche Journalisten-Verband verurteilte die Aktion wegen ihrer demokrati- und medienfeindlichen Aussagen. Auch in Frankfurt und Freiburg gab es Corona-Proteste.

Tote nach IS-Überfall auf Gefängnis in Syrien

■ **Damaskus.** Nach dem heftigen Angriff der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) auf ein Gefängnis in der syrischen Stadt Al-Hassaka dauern die Gefechte an. Dabei wurden mehr als 120 Menschen getötet, darunter 77 Dschihadisten und mehrere Zivilisten, wie die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mitteilte. Al-Hassaka liegt im von syrischen Kurden kontrollierten Nordosten des Bürgerkriegslandes. Im dortigen Gefängnis saßen zuletzt rund 5000 IS-Anhänger. Die von Kurden angeführten Truppen versuchten nun, das Gefängnis wieder vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen. US-Truppen unterstützten sie mit Luftschlägen.

Trinken nach Terminkalender

Die Briten spotten über die „Saufkultur“ im Amtssitz von Premier Johnson

■ **London.** Die einen laden zum „Prosecco Tuesday“, die anderen lassen die Woche beim „Wine-time Friday“ ausklingen. Alkohol ist in dem Amtssitz des britischen Premierministers Boris Johnson offenbar mehr Alltag denn Ausnahme – das legen viele Medienberichte nahe. Diese „Saufkultur“ ist es, die den Regiereschef nun zu Fall bringen könnte.

Mit Spannung wartet das Land derzeit auf das Ergebnis einer internen Untersuchung. Wird die Topbeamting Sue Gray, die die Ermittlungen führt, dem Premierminister persönlich Regelbrüche ankreiden – die zu seinem Rücktritt führen? Festzustehen scheint bereits, dass sie die „Saufkultur“, die „Booze Culture“, in der Downing Street verdammen wird.

Trinken nach Terminkalender, ein Weinschrank im Büro und flaschenweise Nachschub mit dem Rollkoffer: Die Berichte über Alkoholkonsum im Amtssitz des Premiers sorgen landesweit für Spott und Empörung. Etwa 50 Mitarbeiter sollen regelmäßig Erinnerungen an „Wine-time Fridays“ (Wein-Freitage) als Termin in ihren elektro-

nischen Kalendern eingetragen haben, ein anderes Team lud zum „Prosecco-Dienstag“. Im Dezember 2020 wurde gar ein 200 Pfund teurer Weinkühlschrank angeliefert. Mitarbeiter füllten den 34 Flaschen fassenden Behälter regelmäßig beim nahe gelegenen Supermarkt auf – die Getränke schleppten sie mit einem Rollkoffer heran. Wiederholt sei bis tief in die Nacht gezechet worden, zitierte „The Times“ einen Insider. „Manche Leute haben ihren Kater im Gebäude auf Sofas ausgeschlafen, und morgens mussten die Reinigungskräfte leere Flaschen von den Schreibtischen klauben“, hieß es weiter. Die „Booze Culture“, so betonte die „Times“, sei von ganz oben unterstützt worden. Johnson selbst habe wiederholt die Trinkenden ermutigt, „Dampf abzulassen“, schrieb der „Mirror“.

Alkohol spielt seit Langem eine Rolle im politischen London. Johnsons Vorbild Winston Churchill war berühmt für seinen Konsum: Schon morgens trank der Premierminister einen Schuss Whisky mit Tonic. Außenministerin Liz Truss, die als mögliche Nachfolgerin Johnsons

gilt, lädt regelmäßig wohlhabende Unterstützer zum „Fizz with Liz“. Politiker, Journalisten und Lobbyisten treffen sich zum Feierabend-Pint in Pubs wie dem Red Lion.

Doch die Lockdown-Partys in der Downing Street brechen die Toleranzgrenzen vieler Briten. Fast jeder kennt jemanden, der an Covid-19 starb. Millionen hielten sich monatelang an strikte Abstandsregeln. Dass diejenigen, die die Regeln machten, sich offenbar selbst nicht daran hielten, sondern sogar mit viel Alkohol feierten, nehmen ihnen viele Briten persönlich. Der Skandal hat Johnsons Umfragewerte in den Keller purzeln lassen.

Höhepunkt ist eine E-Mail seines Büroleiters Martin Reynolds vom 20. Mai 2020 an etwa 100 Kolleginnen und Kollegen. Die Mitarbeiter sollten doch „das Beste aus dem schönen Wetter machen“ und sich nach Feierabend im Garten treffen, auf „Drinks mit Abstand“. Legendär schon jetzt seine Aufforderung: „Bringt euren eigenen Alkohol mit.“ Wichtig für Johnsons Schicksal ist auch, ob er von dieser Einladung wusste und ob ihm, als er dazustieß, klar war, dass es eine Party war. Beides dementiert er strikt. Er habe gedacht, es handle sich um ein Arbeitstreffen, behauptet der Premier.

Berlusconi gibt seinen Lebensraum auf

Umstrittener italienischer Politiker verzichtet auf Kandidatur zum Staatspräsidenten

■ **Rom.** Nach einer ebenso ereignisreichen wie skandalumtosten Karriere hat Silvio Berlusconi seinen Lebensraum aufgegeben, italienischer Staatspräsident zu werden. Knapp zwei Tage vor Beginn der Wahl machte der 85-Jährige seinen Rückzug offiziell.

Am heutigen Montag um 15 Uhr beginnt die Abstimmung von 1009 Wählern in Rom. Unter ihnen sind die Mitglieder der beiden Parlamentskammern – dem Abgeordnetenhaus und dem Senat – sowie Vertreter der Regionen. In den ersten drei Wahlgängen ist eine Zweidrittelmehrheit nötig. Solch ein Ergebnis galt am Sonntag als sehr unwahrscheinlich. Weil pro Tag nur ein Wahlgang vorgesehen ist, dürfte bis Mittwoch kein Sieger feststehen. Von Donnerstag – und Wahlgang vier – an reicht die absolute Mehrheit. Bis dahin wird erwartet, dass es zu etlichen Deals der Parteien um mögliche Kandidaten kommen wird.

Berlusconi könnte dann als Strippenzieher und Königsrichter wichtig werden. Der Finanz- und Bauunternehmer, Medienmogul und zentrale Akteur in Italiens Politik seit drei Jahrzehnten ist selbst aber aus dem Rennen. „Ich habe entschieden, einen anderen Pfad einzuschlagen auf dem Weg der

nationalen Verantwortung, und bitte darum, darauf zu verzichten, meinen Namen als Präsident der Republik vorzuschlagen“, teilte Berlusconi mit. „Ich werde meinem Land auf andere Art dienen.“ Er hatte zuletzt noch intensiv versucht, genug Wähler von sich zu überzeugen. In einer Kampagne („Operation Eichhörnchen“) telefonierten der Multimillionär und seine Helfer seit Wochen mit etlichen Politikern anderer Parteien – offenkundig meist erfolglos. In seiner Erklärung behauptete Berlusconi zwar generös, auf die Kandidatur zu verzichten, obwohl er die nötigen Stimmen von 505 der 1009 Wähler gesichert habe. Das aber darf stark bezweifelt werden. Zuletzt hatten Politikexperten und auch seine Helfer angedeutet, dass Berlusconi bis zu 100 Wähler gefehlt hatten.

Für Berlusconi, der viermal Ministerpräsident war, daneben aber vor allem durch Skandale und Strafprozesse auffiel und im Zusammenhang mit den sogenannten Bunga-Bunga-Partys immer noch vor Gericht steht, wäre eine Wahl zum Präsidenten eine späte Ge-

nugtung gewesen. Medienberichten zufolge hatten ihm Familienmitglieder geraten, auch wegen seiner Gesundheit einen Schritt zurück zu machen. Nach einer Herzoperation 2016 und einer Corona-Infektion 2020 ist der „Cavaliere“ (Ritter) genannte Langzeitpolitiker regelmäßig in ärztlicher Behandlung.

Nun rücken andere Kandidaten in den Fokus, etwa Pier Ferdinando Casini als Senator und früherer Präsident der Abgeordnetenkammer, der Verfassungsrichter und Ex-Ministerpräsident Giuliano Amato oder Maria Elisabetta Casellati, die aktuelle Vorsitzende des Senats.

Als Favorit galt zuletzt Ministerpräsident Mario Draghi – auch wenn Berlusconi in seinem Statement forderte, dass der Regierungschef bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt bleiben solle. Bei einem Wechsel des ehemaligen EZB-Chefs und jetzigen Regierungschefs ins Präsidentenamt drohen Parlamentsneuwahlen und ein vorübergehender Stopp der Reformen. Das Gefährliche um das höchste Amt im Staat nimmt immer mehr Fahrt auf.



Silvio Berlusconi zieht sich zurück.



Alkohol wird zum Problem für Johnson.